



Honduras 2025

Republik Honduras

Auch im dritten Jahr des ununterbrochenen Ausnahmezustands wurden Menschenrechtsverletzungen verzeichnet. Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen waren einem hohen Risiko ausgesetzt. Die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des Klimawandels waren unzureichend. Frauen und lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI+) waren Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

Hintergrund

Es kam zu Verzögerungen bei der Bekanntgabe der Ergebnisse der im November abgehaltenen Parlamentswahlen, die zudem von Betrugsvorwürfen überschattet waren.

Im Januar startete die Regierung den Plan „Schwester, Bruder, kehrt nach Hause zurück“, um Menschen bei der Rückkehr nach Honduras zu unterstützen. Nach Angaben des Nationalen Instituts für Migration wurden im Jahr 2025 mehr als 42.000 Menschen nach Honduras zurückgeführt, überwiegend aus Mexiko und den USA.

Unrechtmäßige Gewaltanwendung

Die UNO und die Ombudsstelle (*CONADEH*) kritisierten die Verlängerung des Ausnahmezustands, der im Dezember bereits seit drei Jahren in Folge in Kraft war. In diesem Zusammenhang prangerten zivilgesellschaftliche Organisationen Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte an, insbesondere willkürliche Inhaftierungen, übermäßige Gewaltanwendung sowie Folter und andere grausame und unmenschliche Behandlung.

Meinungsfreiheit

Journalist*innen und Medienschaffende waren in hohem Maße physischer und digitaler Gewalt ausgesetzt, darunter diffamierende Äußerungen von Behörden, Verleumdungskampagnen und Einschüchterungen. Im Juni wurde der Journalist Javier Antonio Hércules Salinas ermordet, obwohl ihm staatliche Schutzmaßnahmen gewährt worden waren.

Menschenrechtsverteidiger*innen

Land- und Umweltaktivist*innen waren häufig Gewalt wie Einschüchterung, Mord und Kriminalisierung ausgesetzt. *Garifuna*-Gemeinschaften waren in großer Gefahr. Im April prangerte die *Organización Fraternal Negra de Honduras (Ofraneh)* das mutmaßliche Verschwinden von Max Gil Castillo an, dem



Bruder des Gemeindevorstehers von Punta Piedra. Die UNO und andere Organisationen äußerten Besorgnis über Drohungen gegen *Garifuna*-Führungskräfte sowie über die Schikanierung von *Garifuna*-Gemeinschaften in den Medien und wiederholte Bedrohung mit Schusswaffen.

Im Februar wurde unter der Schirmherrschaft der Interamerikanischen Menschenrechtskommission eine interdisziplinäre Gruppe unabhängiger Experten ins Leben gerufen. Ziel der Gruppe war es, die Ermittlungen über Anstiftung und andere Straftaten im Zusammenhang mit dem Mord an der *Lenca*-Sprecherin Berta Cáceres im Jahr 2016 zu unterstützen.

Im September entschied ein Gericht, dass drei Männer, denen der Mord an dem Umweltschützer Juan López im Jahr 2024 vorgeworfen wurde, vor Gericht gestellt werden sollten. Die Staatsanwaltschaft bekräftigte ihre Entschlossenheit, die Anstiftung zu diesem Verbrechen zu untersuchen, hatte jedoch bis zum Jahresende keine Fortschritte in dieser Hinsicht gemeldet.

Bis zum Jahresende hatte die Regierung das *Escazú*-Abkommen noch nicht unterzeichnet.

Recht auf eine gesunde Umwelt

Die Umsetzung des Dekrets 18-2024, das die ökologische Sanierung des Nationalparks Carlos Escaleras anordnete und Bergbauaktivitäten in den Schutzgebieten des Landes verbot, stand weiterhin aus.

Im Mai wurde dem Kongress ein Gesetz vorgelegt, das die Erteilung von Umweltgenehmigungen erleichtern sollte, was Besorgnis auslöste.^[1] Bis zum Jahresende war es jedoch noch nicht verabschiedet worden.

Honduras hinkte bei der Entwicklung und Verabschiedung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel hinterher. Es fehlte an nachhaltigen und konsequenten Strategien zur Bewältigung einer Klimakrise, die zu Zwangsumsiedlungen aus Küsten- und ländlichen Gemeinden geführt hatte.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Die lokale NGO Catrachas verzeichnete zwischen Januar und Dezember 35 Morde an lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen Menschen (LGBTI+). Gleichgeschlechtliche Ehen blieben verboten.

Frauen waren in hohem Maße von Gewalt betroffen. Die Nationale Autonome Universität von Honduras verzeichnete im Jahr 2025 mindestens 270 Femizide und gewaltsame Todesfälle. Schwangerschaftsabbrüche sind nach wie vor verboten.

[1] "Honduras: Environmental bill threatens human rights", 29 May